

## **Grossbritannien: Regierung debattiert über Konversionsverbot**

**Die Evangelische Allianz in Grossbritannien hat sich besorgt über das von der Regierung geplante Verbot von sogenannten Konversionstherapien geäussert.**

Damit sollen Therapien strafbar werden, die zum Ziel haben, aus homosexuell empfindenden Menschen Heterosexuelle zu machen. In einem Offenen Brief an den britischen Premierminister Boris Johnson äusserte der Vorsitzende des evangelikalen Dachverbandes, Peter Lynas (London), Peter Lynas Bedenken, dass mit dem Gesetzesvorhaben die Religionsfreiheit eingeschränkt werden könnte. Das geplante Verbot könne dazu führen, dass das christliche Angebot von Gebet und seelsorgerlicher Beratung für Menschen, die unter ihrer Homosexualität leiden, illegal werden könnte. Der ehemalige Rechtsanwalt sieht die Gefahr, dass das Gesetz zu weit gefasst wird und unklar definiert ist, was unter Konversionstherapien zu verstehen ist. Dies könnte Kirchenvertreter dem Risiko der Strafverfolgung "aussetzen, wenn sie über biblische Texte in Bezug auf Ehe und Sexualität predigen", so Lynas.

### **Offener Brief löst Kritik aus**

Wie das Internetportal Christian Today (London) berichtet, löste der Brief in den Sozialen Medien heftige Reaktionen unter christlichen LGBT-Aktivisten (Abkürzung für Lesben, Schwule, Bisexuelle und Transgender) und Politikern aus.

Die Evangelische Allianz in Grossbritannien wurde 1846 gegründet und vertritt nach eigenen Angaben zwei Millionen Evangelikale in 3'500 Gemeinden und Hunderten Organisationen.